



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Bericht über den Abbau öffentlicher Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, in der 12. Tagung des Landtages einen Bericht über den Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen von Bund und Land in Schleswig-Holstein seit 1990 zu geben. Unter anderem soll in dem Bericht auf folgende Punkte eingegangen werden (für alle Fragen wird um eine Aufstellung nach Kreisen und kreisfreien Städten gebeten):

Von 1990 bis 2000:

1. Welche Bundes- und Landesbehörden sowie Bundeswehrstandorte wurden seit 1990 in Schleswig-Holstein geschlossen, verlegt, zusammengelegt, reduziert oder anderweitig umstrukturiert?
2. Wie viele Arbeitsplätze sind dabei im einzelnen verloren gegangen?
3. Welche Zielsetzungen wurden mit den einzelnen Maßnahmen verfolgt, und inwieweit sind diese Zielsetzungen erreicht worden?
4. Inwieweit haben regionale und strukturpolitische Gesichtspunkte bei den Entscheidungen im einzelnen eine Rolle gespielt?
5. Welche Ausgleichsmaßnahmen in Form von Konversions- und Strukturhilfeprogrammen wurden von Bund, Land und der Europäischen Union im Zusammenhang mit den o.g. Maßnahmen vorgenommen und in welcher Höhe?

6. Wie viele neue Arbeitsplätze sind dadurch vor Ort geschaffen worden?

Ab 2001:

7. Welche aktuellen Schließungen, Reduzierungen oder Zusammenlegungen von Bundes- und Landesbehörden einschließlich der Bundeswehrstandorte sind der Landesregierung bekannt, und welche sind in Planung?
8. Wie viele Arbeitsplätze werden dabei verloren gehen?
9. Welche Zielsetzungen werden mit den einzelnen Maßnahmen verfolgt?
10. Inwieweit werden regionale und strukturpolitische Gesichtspunkte bei den anstehenden Maßnahmen eine Rolle spielen?
11. Welche Ausgleichsmaßnahmen von Bund, Land und der Europäischen Union sind im Zusammenhang mit den o.g. Maßnahmen geplant und in welcher Höhe?

Begründung:

Allein durch die Auswirkungen der Umstrukturierung der Bundeswehr sind in den letzten 10 Jahren über 20.000 öffentliche Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein abgebaut worden. Auch durch den Prozess der Verwaltungsmodernisierung der Landesregierung sowie durch Strukturreformen auf Bundesebene sind viele Bundes- und Landesbehörden in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein geschlossen, zusammengelegt, verlagert oder reduziert worden.

Weitere Schließungen oder Zusammenlegungen etwa bei den Landeskatasterämtern, den Landesbezirkskassen, den Straßenmeistereien, beim Bundesgrenzschutz, den Hauptzollämtern, der Bundesstelle für Fernmeldestatistik und den Bundesvermögensverwaltungen sind entweder in Planung oder bereits vollzogen worden.

Gerade in den strukturschwachen Regionen fällt dieser Arbeitsplatzverlust und der damit verbundene Kaufkraftverlust besonders ins Gewicht. Deshalb haben Land und Bund bei der Durchführung ihrer Verwaltungsreformen eine besondere Verantwortung diesen Regionen gegenüber. Der Bericht soll darüber Aufschluss geben, ob und wie Bund und Land seit 1990 dieser Verantwortung gerecht geworden sind.

Anke Spoorendonk